



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 56 - Plenarwoche 12. - 16. März 2007

**Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED**



EVP-ED

I. Allgemeine Informationen

Am 25. März feiert die Europäische Union ihren 50. Geburtstag. An diesem Tag jährt sich die Unterzeichnung der Gründungsdokumente: Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande haben mit dem Vertrag für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem Vertrag für die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) den Grundstein für die Europäischen Gemeinschaften gelegt. Die Unterzeichnung fand am 25.3.1957 in Rom statt, weshalb die Dokumente auch als "Römische Verträge" bekannt sind. Sie traten am 1. Januar 1958 in Kraft und beinhalten folgende wesentlichen Ziele: den engen Zusammenschluss der europäischen Völker, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Mitgliedsländer sowie die Wahrung von Frieden und Freiheit.

Aus den sechs Staaten sind mittlerweile 27 geworden, in denen rund 492 Millionen Menschen leben. Anlässlich des Jahrestages werden das Europäische Parlament, der Europäische Rat (Gipfel) und die Kommission gemeinsam die so genannte "Berliner Erklärung" abgeben. Parlamentspräsident Prof. Dr. Pöttering nannte die Erklärung in der Hauptdebatte am Mittwoch, bei der auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zu Gast war, einen "Meilenstein auf dem Weg hin zu einem stärkeren und zukunftsorientierten Europa". Die Erklärung, die sich vor allem an Europas Bürgerinnen und Bürger richtet, wird im Wesentlichen folgende Punkte enthalten: Zusammenfassung und Würdigung des bisher Erreichten (Frieden, Wohlstand, Einigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit), Bekenntnis zu den zentralen europäischen Werten wie Respekt, Toleranz und Solidarität, die Herausforderungen der Zukunft (z. B. Außen- und Sicherheitspolitik, Klimaschutz, Energie), die Würdigung des europäischen Gesellschaftsmodells sozialer und ökologischer Verantwortung sowie die Fortführung der notwendigen Reformprozesse der EU. Die Berliner Erklärung knüpft damit inhaltlich an den aktuellen Slogan "gemeinsam" an, der im Rahmen eines europaweit ausgeschriebenen Wettbewerbs ermittelt wurde. Die Erklärung wird zum runden Geburtstag der Europäischen Union am 25. März 2007 in Berlin verlesen werden.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Online-Musikdienste - das Parlament will mitreden

Das EP hat mit großer Mehrheit den Bericht zur länderübergreifenden kollektiven Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, die für legale Online-Musikdienste benötigt werden, angenommen. Ich war im federführenden Rechtsausschuss Berichterstatter für die EVP-Fraktion. Die Kommission hatte am 18. Oktober 2005 eine Empfehlung herausgegeben, die 3 Optionen enthält: Erstens die Beibehaltung des aktuellen Systems (Künstler werden durch ihre nationalen Verwertungsgesellschaften, wie z.B. die GEMA, vertreten, die mit anderen Gesellschaften

Verträge für Lizenzen in anderen Staaten schließen). Zweitens die Vergabe von EU-weiten Lizenzen durch die nationalen Verwertungsgesellschaften und drittens EU-weite Lizenzen durch eine frei zu wählende Gesellschaft. Die Empfehlung besitzt zwar keine unmittelbare Verbindlichkeit, setzt aber klare politische Zielvorgaben und wirkt sich schon jetzt auf die betroffenen Wirtschaftszweige aus. Das EP hat daher vor allem das Nichtbeachten der Rechte des Europäischen Parlaments kritisiert, aber auch inhaltliche Punkte beanstandet: fehlender Schutz der kulturellen Vielfalt und der Rechte der Künstler, lückenhafte Folgenabschätzung und nicht ausreichende Konsultation aller Beteiligten. Die Kommission ist nun aufgefordert, im Mitentscheidungsverfahren einen Vorschlag vorzulegen, der die angesprochenen Probleme löst.

2. Rechtsrahmen für Sozialdienstleistungen

Das Parlament begrüßte die Initiative der Kommission, einen Begriffs- und Rechtsrahmen für Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse zu schaffen. Es fordert außerdem die Mitgliedstaaten dazu auf, dafür zu sorgen, dass lokale Behörden über ausreichende Haushaltsmittel verfügen, um einen "optimalen Standard" dieser Leistungen zu gewährleisten. Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SSGI - Social Services of General Interest) sind einer der Grundpfeiler des europäischen Sozialmodells. Das EP schlägt die Schaffung von öffentlich-privaten Partnerschaften vor. Den einzelnen staatlichen Behörden steht es jedoch frei zu entscheiden, ob die Sozialdienstleistungen von Gegenseitigkeitsgesellschaften, anderen sozialen Organisationen oder Privatunternehmen erbracht werden, solange der Grundsatz des Gemeinwohls berücksichtigt wird. Außerdem sollen die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Erbringer von SSGI Maßnahmen der beruflichen Bildung entwickeln, damit sich die Berufstätigen in diesem Sektor besser an Umstände wie Stress, Schicht- oder Nachtarbeit und gefährliche oder anstrengende Tätigkeiten anpassen können. Die staatlichen Behörden sollen einen hohen Berufsbildungsstandard der Sozialarbeiter gewährleisten, um den zukünftigen Bedarf an sozialen Leistungen decken zu können.

3. Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und den USA

In einer verabschiedeten Resolution begrüßt das EP den Entwurf für ein Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und den USA als "einen wichtigen Schritt zu einem integrierten transatlantischen Luftverkehrsmarkt, von dem die Verbraucher profitieren werden". Das Plenum fordert die Verkehrsminister auf, den Entwurf des Abkommens auf ihrer Tagung am 22. und 23. März 2007 zu billigen. Dann könnte das neue Abkommen zum 28. Oktober 2007 in Kraft treten. Das neue Abkommen sieht unter anderem vor, dass eine Airline aus der EU von einem beliebigen Flughafen in der Europäischen Union in die USA fliegen kann. Diese Möglichkeit gibt es bisher nicht. In diesem Zusammenhang unterstützen die Parlamentarier auch den Vorschlag der Kommission, den Luftverkehr in das europäische System des Emissionshandels einzubeziehen, damit die Auswirkungen des Flugverkehrs auf den Klimawandel reduziert werden.

III. Weitere Themen waren

- Gleichstellung von Männern und Frauen
- aufsichtliche Beurteilung von Übernahmen im Finanzsektor
- Illegale Vogeljagd auf Malta
- Nicht-Verbreitungs-Vertrag für Kernwaffen
- Vermarktung von Rindfleisch, das von höchstens zwölf Monate alten Tieren stammt

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
